

JUDITH DELLHEIM / LUTZ BRANGSCH

# DER BREXIT UND DIE LINKE IN EUROPA

Die Kampagne «Another Europe is possible», mit der die britischen Linken für einen Verbleib in der Europäischen Union warben, blieb von geringem Einfluss. Zahlreiche junge Menschen, denen viel an der Unionsbürgerschaft liegt, blieben dem Referendum fern. Die eher «europäischen Neoliberalen» unterlagen am 23. Juni 2016 den stärker nationalistisch-neoliberalen Kräften. Die Widersprüche, die das Referendum zutage gefördert hat, sollten die konkrete Basis für eine neue linke Politik in Europa darstellen.

## WELCHES WIR HAT SICH BEI DER ABSTIMMUNG (KNAPP) DURCHGESETZT?

Die erneut in dramatischer Weise offensichtlich gewordene Schwäche der Linken wirft insbesondere Fragen nach den Ursachen der politischen Kräfteverhältnisse und Konsequenzen für moderne linke bzw. sozialistische Politik auf.

Zur Erinnerung: Mehr als 30 Millionen Menschen, 71,8 Prozent der Wahlberechtigten, haben sich am Referendum über eine künftige britische EU-Mitgliedschaft beteiligt. 52 Prozent votierten für ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU. Die Wahlergebnisse differierten stark nach Region bzw. Nationalität, nach Alter und Qualifikation: In England stimmten 53,4 Prozent für den Brexit, in Schottland nur 38 Prozent. Auch in Nordirland wurde mit 55,8 Prozent für den Verbleib in der EU votiert.

### Ergebnisse des Brexit-Referendums 2016

Zu den TeilnehmerInnen am Referendum		In der EU bleiben	Die EU verlassen
Parteienpräferenz bei den Nationalen Wahlen 2015	Konservative	39 %	61 %
	Labour	65 %	35 %
	Liberale Demokraten	68 %	32 %
	UKIP	5 %	95 %
	Grüne	80 %	20 %
Alter	18–24 Jahre	71 %	29 %
	25–49 Jahre	54 %	46 %
	50–64 Jahre	40 %	60 %
	Über 65 Jahre	36 %	64 %
Bildung	Grundschule u. darunter	30 %	70 %
	eine Ausbildung	40 %	50 %
	Fachschule	48 %	52 %
	Hochschule/Universität	68 %	32 %

Quelle: Eichhorn, Jan (2016): Scotland, the UK and the EU, Mobilisation, identities and the need for differentiation, Berlin, unter: <http://bit.ly/2gokeny>.

Wahlentscheidend waren die Lebensverhältnisse der Einzelnen und eine komplizierte Gemengelage:

Weil sich viele junge Menschen nicht an der Wahl beteiligt haben, konnten sich aggressiv nationalistische Stimmungen, insbesondere in England und Wales, durchsetzen. Maßgeblich waren dabei die Interessen von Älteren und Alten sowie von Un-, Gering- und durchschnittlich Qualifizierten, von jenen also, denen das Unterwegssein in Europa und die Bereitschaft, Migration als Normalität anzuerkennen, fernliegen. Unwahrheiten wurden geglaubt, Aversionen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge geschürt, gepflegt und bereitwillig aufgenommen. Dass diese besondere kulturelle Dimension zum Tragen gekommen ist, daran haben die neoliberalen Konservativen hohen Anteil, denn ihnen war daran gelegen, dass Großbritannien seine Sonderrolle in der insgesamt neoliberalen EU behält und stärkt: noch geringere Zahlungen an den EU-Haushalt, Begrenzung der Freizügigkeit und Ausnahmen bei der Gewährleistung von sozialen Mindeststandards.

Sowohl Cameron als auch die etwas weniger nationalistischen Kräfte haben sich verkalkuliert. Sie wollten den Konsens jener, die «mit der EU Gewinner der Globalisierung» sein wollen. Sie unterlagen denen, die «Gewinner der Globalisierung in einer Welt ohne unerwünschte Globalisierungsfolgen» sein wollen.

*Wie kam es aber dazu, dass ein europäischer Staat, der wie kaum ein anderes Land über Jahrhunderte hinweg von der Internationalisierung profitiert und diese vorangetrieben hat, plötzlich scheinbar aus dieser aussteigen will?*

Um diese zunächst widersprüchlich erscheinende Entwicklung zu verstehen, gilt es, sich die Dynamik der globalen Ökonomie und die Rolle Großbritanniens, auch im Vergleich zu Deutschland, zu vergegenwärtigen.

## **GLOBALISIERUNG UND FINANZIALISIERUNG**

Grundlegende Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft haben die letzten Jahrzehnte geprägt und tun dies nach wie vor. Dank Mikroelektronik, moderner Informations- und Kommunikationstechnologien – zuerst entwickelt im militärischen Bereich – expandierten die internationalen Finanzmärkte und verselbstständigten sich zusehends, gleichzeitig wurden betriebliche Prozesse zunehmend entgrenzt (die Konzernzentrale in Paris, der Programmierer in Mumbai).

Das Gewicht transnationaler Konzerne (TNC), die diese Prozesse wesentlich hervorbringen und bestimmen, wächst weiter. Während die konzerninternen Umsätze und die Auslandsinvestitionen der TNC schneller steigen als der internationale Handel, schnellen die allgemeinen Stoff-, Energie- und Transportumsätze weltweit in die Höhe. Über Deregulierungs- und Liberalisierungsprozesse, über – vielfach durch Gläubiger forcierte – Privatisierungen des Öffentlichen, über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, über Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank werden die Handlungs-, Ressourcenversorgungs- und damit Akkumulationsmöglichkeiten der TNC verbessert. Arbeit wird verbilligt und flexibilisiert. Wohnen, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Altersvorsorge, Pflege und die Sicherung vor Lebensrisiken werden zunehmend über Kredite, «Kapitalbildung» oder individuelle Fondsverträge zu Privatangelegenheiten von KundInnen auf den Märkten.

Gleichzeitig sind die Hauptakteure auf den Finanzmärkten mit den TNC verquickt bzw. TNC-Repräsentanten. Sie sorgen dafür, dass Zahlungsmittel zirkulieren, mobilisiert, konzentriert und zentralisiert werden, um letztendlich wiederum im globalisierten Produktionsprozess Mehrarbeit zu organisieren und ArbeiterInnen auszubeuten; um in den anderen kommerzialisierten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ebenfalls gesellschaftliche Arbeitsergebnisse privat anzueignen (primäre Ausbeutung). Lohnbestandteile bzw. Löhne, Ersparnisse, Schuldbriefe und «Wertpapiere» aller Art, «innovative Finanzprodukte» zirkulieren. Über Wettverluste, Bankrott, Prellerei, erzwungene oder erschlichene Verschuldung, Zinsgeschäfte und anderes mehr verteilen die mächtigsten Kapitaleigner in der globalen Zirkulation weltweit Einkommen und Vermögen zu ihren Gunsten um (sekundäre Ausbeutung). Über entsprechende Gesetze, staatliche Aufträge, Investitionen, Subventionen, Wirtschaftsförderung, internationale Verträge usw. erhält die Kapitalkooperation massive Unterstützung. Sie hat im Staat, in der Verwaltung und in der Politik ihre Leute, die die Kapitalkooperation direkt erweitern. Das gilt auch für die «Sicherheit», das Recht, die Beratung, die Buchführung, die Wissenschaft, die Kultur, die Medien, das Lobbying und sogar für Teile der Zivilgesellschaft. Die globalisierten Kapitaloligarchien wirken weiter über internationale Organisationen, formelle und informelle Zusammenschlüsse. Sie haben in den Zentren der kapitalistischen Produktionsweise ihre Machtbasis. Ihre Reproduktion stützt sich auf die widersprüchliche Symbiose von wirtschaftlicher Stärke und «Sicherheit».

Als nach dem Ende des emanzipativen 68er-Aufbegehrens, mit der Niederlage der USA im Vietnamkrieg, mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und den Erdölkrisen die US-amerikanische Gesellschaft eine tief gehende Erschütterung erfuhr, hatten dort die Kapitaloligarchien mit dem Energie- und Transportbereich, dem militärisch-industriellen Komplex bzw. «Sicherheitsbereich», dem Agribusiness, der High-Tech- und Finanzsphäre in der gesellschaftlichen Pro-

duktion die Voraussetzungen für die Globalisierung geschaffen. Über Arbeitsplätze und die Erreichbarkeit attraktiver Konsumtionsmittel war trotz der enormen politischen Konflikte ein weitgehender sozialer Konsens gesichert. Dieser ermöglichte verschiedenen sozialen Gruppen sogar den eher riskanten Eintausch einer gewissen sozialen Sicherheit gegen die Aussicht auf individuelle Konsum- und (vermeintliche) Freiheitsgewinne. Damit war die kulturelle Voraussetzung für die Globalisierung gegeben. Die Neoliberalen in den USA haben es in den tief gehenden Krisen vermocht, die kapitalistische Produktionsweise modifiziert weiterzutreiben. Die globale, rasant fortschreitende ökologische Krise wurde nunmehr noch weiter beschleunigt – insbesondere durch die herrschenden Muster von Arbeiten, Mobilität, Wohnen, Ernährung und Freizeit als der Kehrseite einer Produktionsweise, die sich auf die genannten Wirtschaftsbereiche und den durch sie ermöglichten Konsumismus in den Industriezentren stützt.

## **GLOBALER WIRTSCHAFTSSTANDORT GROSSBRITANNIEN**

Das erste westeuropäische Land, in dem die herrschende Politik auf Neoliberalismus und Globalisierung insbesondere durch Finanzmarktakteure setzte, war Großbritannien. Es war Anfang der 1970er Jahre der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten. Zuvor hatte es seine Kolonien weitgehend verloren und sich als treuer NATO-Partner der USA hervorgetan. Die britischen Kapitaleliten unter Thatcher hatten einerseits hohen Anteil an der neoliberalen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft bzw. der EU und andererseits an der Behinderung der EU-Entwicklung jenseits von Freihandels- und «Sicherheits-Dimensionen». Die widerspruchsvolle Synthese aus Nationalismus und Neoliberalismus ging stets von dem Kalkül aus, den damit geschaffenen gesellschaftlichen Konsens für die Verbesserung der Konkurrenzposition britischer (bzw. britisch dominierter) Konzerne fruchtbar zu machen. Die Effekte für die Entwicklung der sonstigen britischen Unternehmen bzw. für die Wirtschaft insgesamt sind für die Herrschenden sekundär. Noch weniger interessieren sie sich für die gesellschaftlichen (vor allem sozialen) und globalen Konsequenzen. Die folgende Übersicht illustriert die Wirtschaftsstrukturen des globalen Wirtschaftsstandorts Großbritannien, die unter diesen Vorzeichen entstanden sind.

Allerdings können die Wirtschaftsstrukturen und die dominierende Rolle der Global Player für diese selbst und die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Standorts in der globalen Konkurrenz zu Problemen werden (Zulieferungen, Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, Sicherheit von Betriebsabläufen). Das zeigt sich etwa im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland: 28 deutsche bzw. deutsch dominierte Unternehmen sind unter den G500 zu finden. Davon rangieren 10 unter den ersten 100, 17 unter den ersten 200, 21 unter den ersten 300. Das 28. deutsche Unternehmen nimmt den globalen Platz 467 ein. Unter den ersten 100 der G500 sind vier Hersteller von Autos und Autoteilen, je ein Energie-, Maschinenbau-, Telekommunikations- und Chemieunternehmen und insgesamt unter den 28: sechs Hersteller von Autos und Autoteilen, drei Energiekonzerne, je ein Unternehmen in den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Nahrungs- und Genussmittelherstellung, Telekommunikation, Materialherstellung, Computer- und Softwareproduktion, Unternehmensdienstleistungen, je zwei im Großhandel und in der Gesundheitsindustrie, drei Transportunternehmen (Post, Bahn und Luftverkehr) sowie fünf Finanzdienstleister.<sup>1</sup>

**Die 25 britischen (britisch dominierten) Player, die 2016 unter den 500 weltweit umsatzstärksten Unternehmen (G500) ausgewiesen sind**

Position in der nationalen Rangfolge	Position in der globalen Rangfolge	Wirtschaftsbereich	Branchen
1	10	1 Finanz	1 Banking
2 bis 10	68, 72, 126, 133, 181, 193, 216, 220, 278	4 Finanz, 1 Nahrungs- u. Genussmittel, 2 Energie, 1 Telekommunikation, 1 Gesundheitsindustrie	3 Banking, 1 Versicherung, 1 Handel, 1 Telekommunikation, 2 Energiedienstleistungen, 1 Pharmaproduktion
11 bis 20	279, 288, 296, 361, 369, 387, 415, 421, 435, 437	2 Finanz, 2 Nahrungs- u. Genussmittel, 1 Energie, 1 Telekommunikation, 1 Hotel/Gaststätten/Freizeit, 1 Raumfahrt u. Verteidigung, 1 Transport, 1 Gesundheitsindustrie	1 Banking, 1 Versicherung, 1 Handel, 1 Abbau/Rohölproduktion, 1 Telekommunikation, 1 Speisenerzeugung, 1 Raumfahrt u. Verteidigung, 1 Pharmaproduktion, 1 Luftverkehr, 1 Nahrungs- u. Genussmittel
21 bis 25	471, 477, 498, 499, 500	2 Energie, 2 Finanz, 1 Raumfahrt- u. Verteidigung	1 Energiedienstleistungen, 1 Energieerzeugung, 1 Banking, 1 Versicherung, 1 Raumfahrt u. Verteidigung
1 bis 25		9 Finanz, 3 Nahrungs- u. Genussmittel, 5 Energie, 2 Telekommunikation, 1 Hotel/Gaststätten/Freizeit, 2 Raumfahrt- u. Verteidigung, 1 Transport, 2 Gesundheitsindustrie	

Quelle: Liste der G500 unter: <http://fortune.com/global500/2016/>; eigene Berechnungen

Die deutschen Unternehmen unter den G500 sind also stärker auf zivile Produktion am Wirtschaftsstandort Deutschland ausgerichtet als die britischen und sie sind insbesondere stärker mit kleinen und mittleren Unternehmen verknüpft. In der Bundesrepublik machen die Exporte insgesamt ca. 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, in Großbritannien um die 16 Prozent. Die Wirtschaftsstrukturen beider Länder sind hochgradig antiökologisch und auf Wachstum, Konsumismus und «Sicherheit» fixiert – auch und insbesondere die deutschen Rüstungsexporte wachsen dramatisch. Wird der EU-Durchschnitt gleich 100 gesetzt, beträgt das Verhältnis BIP pro EinwohnerIn 125 in Deutschland, 110 in Großbritannien. Der tatsächliche individuelle Verbrauch pro EinwohnerIn erreicht 124 in Deutschland und 116 in Großbritannien.

Die britische Gesellschaft, in der die Privatisierung weiter als in Deutschland fortgeschritten ist, und die wesentlich stärker finanzierte britische Wirtschaft – ca. acht Prozent der Bruttowertschöpfung und 3,3 Millionen Arbeitsplätze gehen auf den Finanzsektor zurück – leiden wesentlich stärker als die deutsche unter wirtschaftlichen Disproportionen, Defiziten an wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturleistungen und qualifizierten Fachkräften. Die Staatsschulden machen dort mehr als 89 Prozent des BIP aus. In Deutschland, wo der Finanzsektor einen Anteil von ca. vier Prozent an der Bruttowertschöpfung hat, betragen die Staatsschulden ca. 71 Prozent des BIP. Der Vergleich wird in Großbritannien für forcierte Konkurrenz-Propaganda instrumentalisiert. Insbesondere wird britische Austeritätspolitik hochgradig nationalistisch motiviert. Die Hälfte der BritInnen ist bereit, «für ihr Land zu kämpfen» (in Deutschland sind es 30 Prozent).<sup>2</sup> Während die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit, dem eigenen Anteil an den globalen Problemen, das heißt der eigenen Lebensweise, und die Öffnung des Landes gegenüber den Bevölkerungen in Europa und seiner Nachbarschaft in der EU insgesamt eher selten gefördert werden, werden sie in Großbritannien aggressiv bekämpft.

Nüchtern betrachtet hat der Versuch, die EU für die Etablierung eines exklusiven neoliberalen Konsenses zu nutzen, zu einer Vertiefung der Widersprüche geführt, die durch nationalistische Töne zwar überdeckt, aber nicht gelöst werden können. Der Brexit ist so ein Ausdruck der Schwäche aller beteiligten Interessengruppen. Die Lage ist weder durch eine forcierte Neoliberalisierung der EU noch durch einen Ausstieg aus den arbeitsteiligen, politischen und sozialen Bindungen, die es Großbritannien erst ermöglichten, seine Stellung als Weltfinanzzentrum auch unter den neuen Bedingungen zu behaupten, zu erreichen. Ein gesellschaftlicher Konsens, der

auf Nationalismus baut, gleichzeitig aber die Globalisierung voraussetzt, ist zu guter Letzt nur mit stabiler Vorherrschaft und Gewalt gegenüber dem Rest der Welt aufrechtzuerhalten – diese Stellung hat Großbritannien schon lange verloren.

Eine Entspannung im Innern durch eine Rekonstruktion von Sozialstaatlichkeit setzt Umverteilungsprozesse in Großbritannien selbst voraus. Sie werden aber von entscheidenden Teilen der Eliten nicht gewollt. Politische Kräfte, die gerechte Umverteilung durchsetzen könnten, sind bisher noch schwach, und die Kultur eines sozialstaatlichen Kompromisses ist in der EU weitgehend verloren gegangen. Diese mit dem Brexit offensichtlich gewordene Konstellation ist in mehr oder weniger starker Ausprägung in allen EU-Mitgliedstaaten und erst recht in den USA zu beobachten. Sie birgt enorme Gefahren in sich, da gegenwärtig die Lösung des «gordischen Knotens» von linken und selbst von sozial orientierten bürgerlichen Kräften kaum zu beeinflussen ist. Sie liegt in der Hand einer Oligarchie, die auf der einen Seite die (nationalistischen) Geister, die sie rief, nicht zu bändigen weiß, und auf der anderen Seite trotz aller Interessenunterschiede global verflochten und handlungsfähig ist. Dies ist der entscheidende Punkt.

**«SOLIDARISCH-EMANZIPATIVE GLOBALISIERUNGSKRITIK» BEGINNT MIT SELBSTKRITIK**

Nach der Brexit-Entscheidung waren die globalisierten britischen Kapitaloligarchien weitaus mehr schockiert als ihre «feindlichen Brüder» (Marx) in der EU und in Europa. Die politischen FunktionärInnen bei den Konservativen und bei UKIP waren auf den Brexit-Sieg nicht vorbereitet. Die «Brüder» im US-amerikanischen Establishment konnten ebenfalls nicht jubeln, weil sie an Einflussmöglichkeiten auf die EU verlieren werden. Wenngleich Großbritannien zu nicht einmal ganzen fünf Prozent an den Nettoszahungen zum EU-Haushalt beteiligt ist, beträgt sein Anteil am EU-BIP dennoch 17,6 Prozent. Vor allem aber entfallen 44 Prozent der Exporte und 53 Prozent der Importe Großbritanniens auf EU-Mitglieder. 48 Prozent der in Großbritannien getätigten Auslandsinvestitionen kommen aus der EU.<sup>3</sup> Seit der Brexit-Entscheidung verliert das Pfund an Wert. Ende Oktober 2016 waren es 16 Prozent, während die Talfahrt weitergeht und die Spekulation in die Höhe schnellte. Die internationale Kreditwürdigkeit wird herabgestuft, Löhne und Arbeitsplätze geraten unter Druck, in Irland wachsen die Sorgen, insbesondere deutsche und französische Konkurrenten versuchen, am Brexit zu gewinnen, und britische Kapitaleliten entwickeln eigene Strategien, um sich vor Verlusten zu schützen.

In der wirtschaftlichen Unsicherheit verschiebt sich die Mehrheitsstimmung zugunsten jener, die den Zugang zum EU-Binnenmarkt höher als die Abschottung vor Migration bewerten. Die Ideen zum Erhalt des Zugangs sprießen. Allerdings stehen sie oft im Widerspruch zum Brexit. Im Land sind Gewalt und Fremdenfeindlichkeit weiter gewachsen, weshalb manch linke Freude über vermeintliche Verluste neoliberaler Macht nicht geteilt werden sollte. Manche Umorientierung der RechtspopulistInnen «hin zu Europa», wie etwa in Österreich, sollte auch nicht einfach «positiv» gesehen werden. Insgesamt haben sie die Existenz der EU infrage gestellt. Die dadurch mehr oder weniger angegriffenen Kapitaloligarchien aber würden ihre Verluste aus einem EU-Crash brutal auf die Bevölkerungsmehrheiten, insbesondere auf die sozial Schwachen, abwälzen.

Bedeutet das, dass die Linken eine neue Chance auf ein «anderes Europa» erhalten? Das erfordert vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Kapitaloligarchien allerdings eine grundsätzliche Revision der bisherigen gesellschaftlichen Praxis. 150 Jahre nach dem Erscheinen von «Das Kapital» und kurz vor dem 200. Geburtstag des von den Linken oft gefeierten Karl Marx sei an eine seiner Kernthesen erinnert: «Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden.»<sup>4</sup> Das gilt auch für die Linken.

In der EU und insbesondere in Deutschland und Großbritannien haben die Linken es nicht verstanden und nicht einmal konsequent versucht, die Demokratisierung der 1960er Jahre zu einem Kampf um eine selbstbestimmte, solidarische und ökologisch verantwortbare Lebensweise weiterzutreiben. So konnten sie der neoliberalen Offensive mit dem Versprechen attraktiver Lebenschancen nichts entgegensetzen. Sie haben auch ihre «zweite Chance», die mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Versuche entstanden war, nicht nutzen können. Dabei gab es eine breite Bereitschaft zu alternativer Gesellschaftsentwicklung und Überwindung des Kriegs- und Rüstungswahns. Die Linken waren auch nicht fähig, die «dritte Chance» zu nutzen: den Ausbruch der globalen Finanzkrise, mit dem ein Schock der Kapitaleliten und ein Interesse großer Teile der Bevölkerung an einer Abkehr von sozial und ökologisch zerstörerischer finanzgetriebener Wachstumsfixiertheit als Imperativ der Globalisierung gegeben waren.

Wir haben mehrheitlich noch nicht gelernt, gesellschaftliche Analyse und Reflexion des eigenen Handelns so zu betreiben, dass wir unsere individuellen und kollektiven politischen Handlungsmöglichkeiten in den globalisierten und sich globalisierenden Vergesellschaftungsprozessen auffinden, ausnutzen und erweitern. Das ist aber eine Voraussetzung dafür, diese Vergesellschaftungsprozesse zu verändern, ihre zerstörende Dynamik abzubremsen, zu stoppen, eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten, zunehmend globale Probleme solidarisch und gerecht zu lösen, schrittweise eine Gesellschaft der Freien, solidarisch und ökologisch Handelnden zu schaffen. Wir haben uns noch nicht einmal über diese Fragestellung verständigt. Selbst auf dem Höhepunkt globalisierungskritischer Bewegung gab es unter den Linken in Europa keine nachhaltige Klärung dazu, wie denn Globalisierung des eigenen Handelns zu verstehen und zu realisieren sei. Den Kapitaleliten ist die eigene Globalisierung quasi in den Schoß gefallen – die Linken müssen sie bewusst entwickeln. Gleichzeitig müssen sie einen kulturellen und sozialen Raum etablieren, der nicht nur den AktivistInnen, sondern auch den «einfachen Menschen» Möglichkeiten zum Verstehen, Artikulieren und zur Verteidigung ihrer

Interessen bietet. Hier muss das Kriterium sowohl für außerparlamentarische und parlamentarische Oppositionspolitik als auch im Falle von Regierungsbeteiligungen (in welcher Weise und auf welcher Ebene auch immer) liegen.

Jetzt erst recht muss die Frage nach der Auseinandersetzung mit Gewalt, nach der Gestaltbarkeit und Gestaltung von Globalisierung gestellt und zu solidarischen Lebensweisen «gearbeitet» werden. Das aber bedeutet konkret:

1. Jene entscheidenden Fragen von EU- und Europapolitik zu formulieren, die von den Regierungen der Mitgliedsländer bzw. in den Institutionen der EU unbedingt angegangen werden müssen, und sie zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen. Dabei sollten die Solidarität mit Flüchtlingen und der Umgang mit dem 3. Memorandum zu Griechenland prioritär sein.

2. Gegen Gewalt gegen Menschen, gegen Militarisierung und Überwachung zu aktivieren und zu mobilisieren. Die neue Qualität von Kooperation zwischen NATO und EU müsste alarmieren.

3. Weitere Privatisierungen und Entdemokratisierung – auch und insbesondere über «neue, innovative Wege zur langfristigen Finanzierung von Infrastrukturprojekten» – zu verhindern. Nach wie vor ist das Öffentliche zu verteidigen, zu demokratisieren und auszubauen, weshalb Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zu bekämpfen sind.

4. Um die Verteidigung und den Ausbau demokratischer, sozialer und ökologischer Standards zu ringen – vor allem im Hinblick auf Armut und die Umsetzung des Klimadeals; dabei wären die politischen Auseinandersetzungen auch und insbesondere im Kontext mit *social pillar* (Sozialpfeiler zur Stärkung des Zusammenhalts in der EU und der EU) zu führen.

5. Die Unterstützung von konkreten Initiativen, die auf gerechte zivile, demokratische und soziale Problemlösungen zielen, zu organisieren.

Das wäre eine radikale konkrete EU- und Globalisierungskritik. Der Brexit und der Umgang mit ihm haben einmal mehr die gefährliche Kurzsichtigkeit der Herrschenden und ihre momentanen Schwachpunkte gezeigt. Auch wenn es gegenwärtig nicht möglich ist, eine solidarische Reform der EU auf die unmittelbare Tagesordnung zu setzen, muss die EU endlich wirklich zum Kampffeld der Linken gemacht werden. Das ist eine reale und zu bewältigende Herausforderung.

Judith Dellheim ist Referentin für Solidarische Ökonomie, Lutz Brangsch Referent für Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>1</sup> Die Zahlen beruhen ebenfalls auf der Liste der G500 unter: <http://fortune.com/global500/2016/> und eigenen Berechnungen. <sup>2</sup> Vgl. die Zahlen von Eurostat unter: <http://bit.ly/2gtmelq>; vgl. zu den weiteren Angaben das Dossier des *Handelsblatts* zum Brexit unter: <http://bit.ly/2gti83n>; Wissenschaftliche Dienste/Deutscher Bundestag: Kurzinformation. Anteil des Finanzsektors am Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien, den USA und Deutschland, Nr. WD5-3000-054/16, 7.6.2016. <sup>3</sup> Vgl. Keep, Matthew/Webb, Dominic: In brief: UK-EU economic relations, Commons Briefing papers SN06091, Juni 2016, unter: <http://bit.ly/1KsVhMR>. <sup>4</sup> Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 16, Berlin 1962, S. 115.

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 32/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: November 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling